**Deutscher Bundestag** **Drucksache 17/3913**

**17. Wahlperiode** 22. 11. 2010

# Entschließungsantrag

**der Abgeordneten Dr. Gesine Lötzsch, Dr. Dietmar Bartsch, Steffen Bockhahn, Roland Claus, Michael Leutert, Jan van Aken, Agnes Alpers, Herbert Behrens, Karin Binder, Matthias W. Birkwald, Heidrun Bluhm, Christine Buchholz, Eva Bulling-Schröter, Dr. Martina Bunge, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Heidrun Dittrich, Werner Dreibus, Dr. Dagmar Enkelmann, Klaus Ernst, Wolfgang Gehrcke, Nicole Gohlke, Diana Golze, Annette Groth, Dr. Gregor Gysi, Heike Hänsel, Dr. Rosemarie Hein, Inge Höger, Dr. Barbara Höll, Andrej Hunko, Ulla Jelpke, Dr. Lukrezia Jochimsen, Katja Kipping, Harald Koch, Jan Korte, Jutta Krellmann, Katrin Kunert, Caren Lay, Sabine Leidig, Ralph Lenkert, Stefan Liebich, Ulla Lötzer, Thomas Lutze, Ulrich Maurer, Dorothee Menzner, Cornelia Möhring, Kornelia Möller, Niema Movassat, Wolfgang Neskovic, Thomas Nord, Petra Pau, Jens Petermann, Richard Pitterle, Yvonne Ploetz, Ingrid Remmers, Paul Schäfer (Köln), Michael Schlecht, Dr. Ilja Seifert, Kathrin Senger-Schäfer, Raju Sharma, Dr. Petra Sitte, Kersten Steinke, Sabine Stüber, Alexander Süßmair, Dr. Kirsten Tackmann, Frank Tempel, Dr. Axel Troost, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Johanna Voß, Sahra Wagenknecht, Halina Wawzyniak, Harald Weinberg, Katrin Werner, Jörn Wunderlich, Sabine Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE.**

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung**
**– Drucksachen 17/2500, 17/2502, 17/3523, 17/3524, 17/3525 –**

## Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2011 (Haushaltsgesetz 2011)

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

- Schwarz-Gelb führt die Politik der Umverteilung von unten nach oben, die ihre Vorgängerregierungen begonnen haben, entschlossen fort. Das Haushaltsgesetz, das Haushaltsbegleitgesetz und das sogenannte Zukunftspaket von Koalition und Bundesregierung sind unsozial, ungerecht, unsolide und vertiefen die Spaltung des Landes. Bei Hartz-IV-Beziehenden, Arbeitslosen und Familien wird rigoros gespart. Bei Hartz IV soll mit dem Übergangszuschlag das letzte Element, das nach Abschaffung der Arbeitslosenhilfe den sozialen Absturz nach dem Arbeitslosengeld mildert, gestrichen werden. Die

bereits auf ein klägliches Maß geschrumpften Rentenbeiträge werden vollends abgeschafft. Eltern in Hartz IV, denen bei der Einführung des Elterngeldes bereits ein Jahr Erziehungsgeld gestrichen wurde, wird nun auch noch das Mindestelterngeld von 300 Euro weggenommen. Koalition und Bundesregierung höhlen die Einnahmebasis des Staates gezielt aus, um mit Einsatz des Druckmittels Schuldenbremse einen angeblichen Sachzwang für Sozialabbau zu schaffen.

- Der Anteil unsicherer, befristeter, schlecht bezahlter Arbeitsplätze steigt in Deutschland dramatisch an. Inzwischen ist jede zweite offene Stelle dem Bereich der Arbeitnehmerüberlassung, also der Leiharbeit zuzuordnen. Über 1,4 Millionen Menschen arbeiten und beziehen zugleich Hartz IV, soviel wie noch nie. Die Politik von Koalition und Bundesregierung verwehrt vor allem immer mehr jungen Menschen eine tragfähige Lebens- und Familienplanung. Notwendig ist eine grundlegende Richtungsänderung der auf Außenhandelsüberschüsse und das Niederkonkurrieren anderer Volkswirtschaften abzielenden Wirtschaftspolitik von Koalition und Bundesregierung. Das deutsche Lohndumping muss beendet, die Inlandsnachfrage gestärkt, dem Auseinanderdriften der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Ost- und Westdeutschland entgegengewirkt werden.
- Koalition und Bundesregierung haben noch nichts unternommen, um eine Wiederholung der Finanzkrise wirksam zu vermeiden. Die Finanzbranche konsolidiert sich auf dem Rücken der Verbraucherinnen und Verbraucher. Diese verlieren jährlich 20 bis 30 Mrd. Euro durch Falschberatung. Denn auch über zwei Jahre nach der Pleite der US-Investmentbank Lehman Brothers ist der provisionsgetriebene Verkauf überteuerter, intransparenter und ungeeigneter Finanzprodukte gängige Praxis. Selbst staatlich gestützte Banken betreiben noch Niederlassungen in Ländern, die Steuerbetrug fördern. Beschlossen hat die Koalition eine Pseudo-Bankenabgabe, die nach oben gedeckelt ist und von der Vorstellung ausgeht, dass die nächste Finanzkrise schwach ausfallen und erst in einem halben Jahrhundert stattfinden wird. Eine solche Annahme ist nicht naiv, sondern bedient bewusst die Lobby-Interessen der Finanzbranche zu Lasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Gleichzeitig verlagern Banken ungehindert ihre spekulativen Angriffe von Immobilien auf Rohstoffe und Nahrungsmittel. Das Leid der Opfer dieser neuen Spekulationswellen wird von den Akteuren in Kauf genommen. Über die Stärkung der Eigenkapitalanforderungen hinaus müssen spekulative Exzesse durch eine Finanztransaktionssteuer und einen Finanzmarkt-TÜV eingedämmt werden. Der Bankensektor muss auf seine Kernfunktionen Zahlungsverkehr, Ersparnisbildung und Finanzierung zurückgeführt und entsprechend geschrumpft werden, damit die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nicht noch einmal erpresst werden können.
- Die geplante Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke ist Ergebnis eines undemokratischen Deals, den die Bundesregierung mit den Energiekonzernen getroffen hat. Die Bundesregierung hat bereitwillig die Rolle einer Vollstreckerin der Lobby-Interessen von vier Atomkonzernen übernommen. Koalition und Bundesregierung machen die Bevölkerung zu Geiseln der Atomlobby. Die jetzige und künftige Generationen werden belastet durch mehr Atommüll und eine dauerhaft schlechtere Energie-Infrastruktur – durch die systematische Benachteiligung regenerativer Energiequellen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- ein wirksames und in sich schlüssiges Zukunftsprogramm aufzulegen;
- Hartz IV insbesondere durch die Förderung und Schaffung neuer Arbeitsplätze zu überwinden;

- die Rüstungsausgaben endlich deutlich zu senken sowie sämtliche Auslandseinsätze der Bundeswehr zu beenden und die frei werdenden Gelder zu nutzen, um diese in soziale Projekte und die Entwicklungszusammenarbeit zu investieren und um einen Konversionsfonds einzurichten.

Zukunftsprogramm

| | |
|---|---|
| 4 Mrd. Euro | für den Ausbau der Kinderbetreuung, |
| 3 Mrd. Euro | für Erwachsenenbildungsförderung und BAföG, |
| 3 Mrd. Euro | für eine kommunale Investitionspauschale, |
| 3 Mrd. Euro | für einen Energiesparfonds und erhöhte Förderung erneuerbarer Energien, |
| 2,5 Mrd. Euro | für die Beseitigung des Investitionsstaus bei den Krankenhäusern, |
| 1 Mrd. Euro | für Prävention und Gesundheitsförderung, |
| 600 Mio. Euro | für Konversionsmaßnahmen, |
| 590 Mio. Euro | für den Hochschulpakt, |
| 500 Mio. Euro | für die nichtkommerzielle Pharmaforschung, |
| 155 Mio. Euro | für die Fortsetzung der Programme der Städtebauförderung, des Stadtumbaus Ost und Nutzung der Erfahrungen in den alten Bundesländern bei der Förderung städtebaulicher Entwicklungs- und Sanierungsmaßnahmen, |
| 106 Mio. Euro | für die energetische Gebäudesanierung, |
| 100 Mio. Euro | für die Aufstockung der Förderung der Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern, |
| 93 Mio. Euro | für die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Infrastruktur in strukturschwachen Gebieten in den neuen und alten Bundesländern und gleicher Teilhabe von Frauen und Männern an Arbeit sowie gleichberechtigter Förderung von Genossenschaften, |
| 30 Mio. Euro | für ein Sonderprogramm für die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern, |
| 20 Mio. Euro | für den Aufbau einer flächendeckenden Finanzberatung, |
| 20 Mio. Euro | für die Errichtung von Sportstätten für den Breitensport „Goldener Plan Ost“ (unter ausgewogener Berücksichtigung von Frauensportarten) und Ausdehnung des Programms auf alle Bundesländer, |
| 2,5 Mio. Euro | für die Aufstockung der Förderung des Absatzes ostdeutscher Produkte von kleinen und mittleren Unternehmen, |
| 0,2 Mio. Euro | für die Stiftung für das sorbische Volk. |

Hartz IV überwinden

Neben der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze durch das Zukunftsprogramm sind erforderlich:

| | |
|---|---|
| 11,2 Mrd. Euro | zur Erhöhung der Regelsätze der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch und im Alter auf 500 Euro pro Monat, |
| 3,2 Mrd. Euro | Kinderzuschlag, |

1,3 Mrd. Euro Aufstockung der Gelder für aktive Arbeitsmarktpolitik und Ermöglichung der Umwandlung von passiven in aktive Leistungen, um so den Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigungsverhältnisse voranzutreiben (Deckungsfähigkeit des Arbeitslosengeld II und der Bundesleistungen für Unterkunft und Heizung mit den Leistungen zur Eingliederung in Arbeit). Dabei sind 100 Mio. Euro für die Förderung des Breitensports vorgesehen.

Sozialkassen stärken

5 Mrd. Euro angemessene Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung für Arbeitslosengeld (ALG)-II-Bezieherinnen und -Bezieher zahlen,

1,8 Mrd. Euro Verzicht auf die Streichung der Rentenbeiträge für ALG-II-Empfangende,

9,5 Mrd. Euro Anhebung der Rentenbeiträge für ALG-II-Empfangende auf 0,5 Entgeltpunkte.

Rentengerechtigkeit herstellen

1,2 Mrd. Euro Angleichung der Ostrenten.

Gerechtes Elterngeld auch für Menschen mit niedrigem Einkommen

2,2 Mrd. Euro zur Aufstockung des Mindestelterngeldes und Verlängerung der Bezugsdauer (auf bis zu 24 Monate).

Rechte für Menschen mit Behinderung

500 Mio. Euro für die Realisierung erster Maßnahmen zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung, unter anderem für Maßnahmen zur Schaffung umfassender Barrierefreiheit.

Verstärkung der Entwicklungszusammenarbeit

2 Mrd. Euro für die Verstärkung der entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe, für den Wiederaufbau in Haiti und Pakistan, für den Ausbau des zivilen Friedensdienstes, für die Verstärkung der Finanziellen und Technischen Zusammenarbeit, für Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern.

Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus

22 Mio. Euro insbesondere zur Finanzierung der wegen fehlender Mittel abgelehnten Modellprojekte.

Finanzierung

57 Mrd. Euro durch stärkere Beteiligung der wirtschaftlich Leistungsfähigen an den Kosten des Gemeinwesens durch Erhöhung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer, Sonderabgabe auf Boni in der Finanzbranche, Einführung einer Millionärsteuer, Einführung einer Finanztransaktionssteuer, Besteuerung von Gewinnen beim Verkauf von Anteilen an Kapitalgesellschaften, Rücknahme der Senkung des Körperschaftsteuersatzes von 25 Prozent auf 15 Prozent, Kapitalerträge wieder zum persönlichen Steuersatz versteuern, Abschöpfung der leistungslos erzielten Sondergewinne der Stromversorgungsunternehmen aus

dem Emissionshandel, Ausbau der Steuerfahndung bei Großunternehmen und Banken,

4,2 Mrd. Euro durch die Beendigung sämtlicher Auslandseinsätze sowie den Verzicht auf die dafür benötigten Waffensysteme, insbesondere auf die Resttranchen des Kampfflugzeugs Eurofighter, auf das Transportflugzeug A400M und auf den Schützenpanzer Puma sowie weitere Einsparungen im investiven Bereich des Einzelplans 14,

2,8 Mrd. Euro durch den Abschluss des Schiedsgerichtsverfahrens wegen der Verzögerung bei der Einführung und der anfänglichen Mängel beim Aufbau des Lkw-Mautsystems.

Angegeben ist jeweils der Änderungsbetrag im Vergleich zum Regierungsentwurf unter Berücksichtigung der Beratungsergebnisse im Haushaltsausschuss.

Berlin, den 22. November 2010

**Dr. Gregor Gysi und Fraktion**



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333